

BIRGIT SIPPEL

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS FÜR SÜDWESTFALEN

THEMEN DER PLENARWOCHE MONTAG, 12.06.2017 – DONNERSTAG, 15.06.2017

Europäischer Investitionsfonds – Auswahlkriterien verbessern, Transparenz erhöhen/ Initiativbericht; Debatte im Plenum am Mittwoch, 14.06.2017, ab 17 Uhr; Abstimmung am Donnerstag, 15.06.2017, ab 12 Uhr

Massive Investitionen in Infrastruktur, Innovation und eine moderne öffentliche Verwaltung sind nötig, um Europas Wirtschaft nach Jahren der tiefen Krise wieder anzukurbeln und dauerhaft auf den Pfad des nachhaltigen Wachstums und einer guten Beschäftigungsentwicklung zu führen. Diese Investitionen zu mobilisieren, ist Aufgabe des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI), auch bekannt als ‚Juncker-Fonds‘, der seit 2015 am Start ist. Eineinhalb Jahre nach Inbetriebnahme bewertet das Europaparlament nun sein Wirken in einem sogenannten Implementierungsbericht. Die sich daraus ergebenden Rückschlüsse sind vor dem Hintergrund der von der EU-Kommission angestoßenen Verlängerung und Ausweitung des Fonds, der statt bis 2018 nun bis 2020 aktiv bleiben soll, von besonderer Bedeutung. Denn in den begonnenen Verhandlungen zwischen Ministerrat und Parlament wollen insbesondere die Europaparlamentarier Schwachstellen des Fonds ausmerzen.

Trotz der guten Zwischenergebnisse des Europäischen Investitionsfonds sieht das Parlament Nachbesserungsbedarf bei der praktischen Ausgestaltung seiner Förderaktivitäten. Die Aufgabe des Fonds ist die Unterstützung von riskanten Projekten, die langfristig hohen wirtschaftlichen und sozialen Mehrwert erzeugen. Derzeit scheint er allerdings vielfach in Konkurrenz zu anderen Finanzierungsquellen zu treten, statt diese sinnvoll zu ergänzen. Bei der Auswahl von förderfähigen Projekten mangelt es an Transparenz und auch die Auswahlkriterien bedürfen einer Überarbeitung, um den Beitrag des EFSI zu strategischen Prioritäten der EU, wie zum Beispiel dem Kampf gegen den Klimawandel, zu maximieren. Bei der gemeinsamen Abstimmung der federführenden Wirtschafts- und Haushaltsausschüsse stellten sich gut drei Viertel der Abgeordneten hinter die Befunde des Berichts.

Ein gut funktionierender Investitionsfonds ist von größter Bedeutung, um die Langzeitfolgen der fehlgeleiteten Kürzungspolitik der Krisenjahre einzudämmen. Je besser die Resultate des Fonds, desto mehr werden auch konservative und liberale Finanzpolitiker verstehen, dass Europa durch eine dauerhafte, nachhaltig ausgestaltete Investitionspolitik nur gewinnen kann. Umsetzungsprobleme müssen daher durch Neujustierungen beseitigt werden. Daher waren es insbesondere die an dem Bericht beteiligten Sozialdemokraten, die sich für eine ungeschönte und kritische Bestandsaufnahme einsetzten.

Ausblick: Auch bei der Abstimmung im Plenum über den Bericht wird eine breite fraktionsübergreifende Mehrheit erwartet. Damit stärkt das Parlament seine Ko-Berichterstatter José Manuel Fernandes (EVP-PT) und Udo Bullmann, die bereits mit dem Ministerrat über die Laufzeitverlängerung des Fonds verhandeln und dabei die im Implementierungsbericht formulierten Schlussfolgerungen in den Gesetzgebungsprozess einbringen werden.

Energielabel – Hilfe zum Stromsparen modernisieren/ Verordnung; Debatte am Dienstag, 13.06.2017, ab 9 Uhr; Abstimmung ab 12.30 Uhr

Das Energielabel soll Verbraucherinnen und Verbrauchern den Kauf von energieeffizienten Produkten erleichtern und beim Stromsparen helfen. Allerdings herrscht momentan Durcheinander auf dem Markt. Grund dafür ist der rasante technologische Fortschritt, der zu einer überproportionalen Einordnung der Elektrogeräte in die besten Effizienzklassen geführt hat. Zum Beispiel erreichen 73 Prozent der Waschmaschinen auf dem Markt bereits die höchste Effizienzkategorie A+++. Hinzu kommt, dass A+ für einige Produktgruppen die beste und für andere die schlechteste Effizienzkategorie ist. Darüber hinaus haben die Produktgruppen fast alle

komplett unterschiedliche Skalierungen: A+++D oder A-G. Das Energielabel wird somit der Aufgabe als verbraucherfreundliches Instrument nicht mehr gerecht.

Im Juli 2015 hat die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament einen Vorschlag für eine Verordnung zur Reform des Energielabes vorgelegt. Alle Elektrogeräte sollen künftig ein neues Energielabel mit einer einheitlichen Skala von A bis G erhalten. Die gängigsten Haushaltsgeräte sollen bis spätestens Ende 2019 mit einem neuen Energielabel ausgestattet werden. Für eine stärkere und effizientere Marktüberwachung in allen Mitgliedstaaten soll künftig der Aufbau einer Datenbank sorgen. Diese soll aus einer öffentlich zugänglichen Informationsseite für Verbraucher sowie einer geschützten Plattform mit technischen Daten für nationale Marktüberwachungsbehörden und der EU-Kommission bestehen.

Der federführende Industrieausschuss hat dem Ergebnis der Trilog-Verhandlungen mit großer Mehrheit zugestimmt. Daher ist mit einer breiten fraktionsübergreifenden Unterstützung im Plenum zu rechnen. Wir Sozialdemokraten unterstützen den Kompromiss, der in den Trilog-Verhandlungen zwischen allen drei EU-Institutionen erzielt wurde. Wir haben uns seit Beginn der Verhandlungen für einen starken Verbraucherschutz und die Stärkung der Marktüberwachung eingesetzt. Das EU-Parlament hat auf Initiative der Sozialdemokraten außerdem dafür plädiert, dass Verbraucherinnen und Verbraucher für den Kauf von Elektrogeräten mit inkorrekten Effizienzklassen entschädigt werden. Hier haben sich sowohl die EU-Kommission als auch der Rat wenig kompromissbereit gezeigt.

Ausblick: Sollte das Plenum zustimmen, greift die Verordnung voraussichtlich ab Sommer 2017 in allen EU-Mitgliedstaaten. Die gängigsten Haushaltsgeräte sollen nach den Vorarbeiten dann bis spätestens Ende 2019 mit einem neuen Energielabel ausgestattet werden.

ERASMUS+ feiert 30. Geburtstag - Programm in Zukunft weiter ausbauen/ Dienstag, 13.06.2017, Pressekonferenz um 10.30 Uhr (tbc) im Press Center/ Geburtstagsfeier im Plenarsaal von 12 bis 12.30 Uhr.

2017 feiert das ERASMUS+ sein 30. Geburtstag. ERASMUS wurde 1987 eingerichtet, um Hochschulstudierenden ein Auslandssemester zu ermöglichen. Über die Jahre hinweg sind Austauschprogramme für Auszubildende, junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Schülerinnen und Schüler hinzugekommen sowie ein Freiwilligendienst, grenzüberschreitende Initiativen in der Jugendarbeit und in der Erwachsenenbildung. Diese Initiativen wurden 2014 in einem einzigen Programm, ERASMUS+, zusammengeführt. Derzeit entspricht die Mittelausstattung von ERASMUS+ in Höhe von 14,7 Milliarden Euro etwa 1,4 Prozent des mehrjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union. Neun Millionen Menschen haben in den vergangenen 30 Jahren an ERASMUS beziehungsweise ERASMUS+ teilgenommen. Die Teilnehmenden konnten ihre Sprachkenntnisse verbessern, Berufserfahrungen sammeln und sich durch Freiwilligentätigkeiten für die Gesellschaft engagieren. Das Programm ist eine der erfolgreichsten EU-Initiativen und ein Musterbeispiel für gelebte europäische Integration. Europa wird dank ERASMUS+ für den Einzelnen erfahrbar. ERASMUS+ fördert zudem Werte wie Toleranz, Freiheit, Verständnis für andere Kulturen und Demokratiebewusstsein. Kein zweites europäisches Programm ist so fest im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger verankert wie ERASMUS+.

Europäisches Parlament, Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union werden am 13. Juni gemeinsam das 30-jährige Bestehen von ERASMUS feiern. Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung im Europäischen Parlament, Petra Kammerevert, und der Kommissar für Kultur und Bildung, Tibor Navrascisc, werden aus diesem Anlass um 10.30 Uhr eine gemeinsame Pressekonferenz abhalten. Anschließend wird es im Plenum des Parlaments eine offizielle Feier geben, der am Nachmittag verschiedene Diskussionsveranstaltungen mit Teilnehmenden und Multiplikatoren des ERASMUS+ folgen.

Wir Sozialdemokraten haben ERASMUS seit jeher als eine wichtige Investition in die Zukunft Europas betrachtet und uns daher für eine starke finanzielle Ausstattung von ERASMUS+ eingesetzt. Wir verfolgen das Ziel, in Zukunft jedem Menschen unter 27 Jahren die Möglichkeit zu geben, an mindestens einem der Programmteile teilzunehmen. Hierfür bedarf es mindestens einer Verdoppelung der finanziellen Mittel in der nächsten Programmperiode. Zusätzlich sollten insbesondere Menschen aus benachteiligten Verhältnissen eine bessere Förderung erfahren. Mobilität und Bildung dürfen kein Privileg Weniger bleiben.

Ausblick: Das Parlament wird sich nach der Sommerpause intensiv mit der Neuauflage des künftigen Programms beschäftigen.

Digitale Wirtschaft - Chancen nutzen, Arbeitnehmer schützen/ Initiativbericht; Debatte am Mittwoch 14.6.2017, ab 15 Uhr; Abstimmung am Donnerstag, 15.6.2017, ab 12 Uhr

Das Angebot an Internetportalen der sogenannten Sharing Economy ist in jüngster Zeit sprunghaft gestiegen. Digitale Geschäftsmodelle schaffen einen offenen Markt für Dienstleistungen und Waren, meist von Privatpersonen. Die neuen Geschäftsideen können Jobs und Wachstum schaffen. Doch das Tauschen und Teilen über Airbnb, Uber oder Blablacar kann auch Schattenseiten für Beschäftigte, Verbraucher und Wettbewerber haben, weil die neuen Geschäftsmodelle innerhalb der EU-Mitgliedstaaten bisher ganz unterschiedlich und teils unzureichend geregelt sind. Oft fehlen soziale Standards, etwa für Versicherungsschutz und Rente. Mit dem anhaltenden Wachstum der Branche droht zudem eine weitere Fragmentierung des Europäischen Binnenmarktes.

Daher ist ein gemeinsamer Rechtsrahmen zum Schutz von Privat Anbietern, von Arbeitnehmern, Selbstständigen und Verbrauchern genauso erforderlich, wie die Schaffung von europaweiten Regeln für einen fairen Wettbewerb zwischen den Anbietern. Außerdem sollen Steuervorschriften besser eingehalten werden. Im Juni 2016 hat die Europäische Kommission ihre Mitteilung zur „Europäischen Agenda für die kollaborative Wirtschaft“ vorgelegt. Mit dem zur Abstimmung stehenden Bericht gibt das Europäische Parlament die Richtung vor, die die europäische Gesetzgebung künftig in diesem Bereich beschreiten soll.

Es ist mit einer breiten fraktionsübergreifenden Unterstützung im Plenum zu rechnen. Der federführende Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hat dem Bericht mit großer Mehrheit zugestimmt.

Wir Sozialdemokraten haben uns während der Verhandlungen in den Ausschüssen insbesondere für den Abbau des derzeit wuchernden Sozialdumpings bei den neuen Geschäftsmodellen eingesetzt. Beschäftigte bei Uber, Airbnb & Co. sollen, wie ihre Kollegen und Kolleginnen im klassischen Angestelltenverhältnis, in den Genuss der Vorteile von Arbeitslosen- und Rentenversicherung, von Mindestlohn oder von Arbeits- und Gesundheitsschutz gelangen. Außerdem haben die Sozialdemokraten sich dafür eingesetzt, dass Verbraucher zukünftig besser vor unlauteren Praktiken geschützt werden. Unverhältnismäßige Pflichten für Privatpersonen, die nur gelegentlich Dienstleistungen im Rahmen der neuen Geschäftsmodelle erbringen, sollen dabei allerdings möglichst vermieden werden.

Ausblick: Im Falle einer Zustimmung im Plenum wird der Bericht an den Europäischen Rat und die Europäische Kommission übermittelt. Die EU-Kommission ist dann aufgerufen, die Position des Europäischen Parlaments bei der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen entsprechend der „Europäischen Agenda für die kollaborative Wirtschaft“ zu berücksichtigen.

Zukunft des Klimaschutzes - ambitionierte Ziele nach Trumps Ankündigung/ Verordnung zum Erreichen der EU-Klimaschutzziele 2030 zur Erfüllung des Pariser Abkommens; Debatte am Dienstag, 13.06.2017, ab 10 Uhr, Abstimmung am Mittwoch, 14.06.2017, ab 12.30 Uhr

Die Verordnung setzt nationale verbindliche Jahresziele zur Minderung von Treibhausgasen fest. Die sogenannte „Lastenverteilung“ ist neben dem EU-Emissionshandel (ETS) das zentrale Instrument der EU, um schädliche Klimagase in den Nicht-ETS-Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft bis 2030 zu reduzieren. Das Gesetz dient damit der Umsetzung des EU-Beitrages zum Pariser Klimaabkommen.

Klimaschutz – Trumps Entscheidung über den Austritt der USA aus dem Pariser Abkommen/ Debatte, Erklärungen der Kommission und des Rates; Mittwoch, 14.06.2017, ab 9 Uhr

Das Europäische Parlament debattiert die Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump, die USA werde sich als Vertragspartner des Pariser Klimaabkommens zurückziehen. Nach einer Eröffnungsrede der Präsidentin der Marshall Inseln, Hilda Heine, werden auch Kommission und Rat Erklärungen abgeben.

Regionalpolitik - unbürokratischer und bürgernäher/ Initiativbericht; Debatte im Plenum am Montag, 12.06.2017, ab 17 Uhr; Abstimmung am Dienstag, 13.06.2017, ab 12.30 Uhr

In Brüssel beginnt die Diskussion zur Zukunft der EU-Strukturpolitik nach 2020. Deutschland erhält in der aktuellen Förderperiode rund 30 Milliarden Euro aus diesen Töpfen. Nicht wenige Stimmen sagen, dass es künftig gar keine europäische Förderpolitik mehr geben soll (vgl. „Szenario 4“ des Kommissions-Weißbuchs) oder dass die Gelder nur noch in die ärmsten Regionen gehen sollten. Der Initiativbericht betont die Notwendigkeit, die Strukturfonds auch über 2020 hinaus zu erhalten, und zwar in allen Regionen. Die Kohäsionspolitik ist, bei allen Schwächen, das wichtigste europäische Instrument für Investitionen.

Sie macht Regionen und Städte wettbewerbsfähiger, schafft Arbeitsplätze unterstützt eine nachhaltige Entwicklung und verbessert die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig müssen Schwächen der Förderprogramme beseitigt werden. Dazu zählt, dass die europäischen Gelder künftig zielgerichteter, unbürokratischer und flexibler eingesetzt werden sollen.

Der Initiativbericht fordert eine Fortsetzung der Strukturfonds-Förderung mit einer ausreichenden Mittelausstattung. Dabei sollen Verbesserungsvorschläge von Empfängern und Verwaltungen berücksichtigt werden. Gleichzeitig fordert der Ausschuss, die Legislativvorschläge rechtzeitig vorzulegen, damit die Programme vor Ort -anders als zu Beginn der aktuellen Förderperiode-rechtzeitig anlaufen können. Der Regionalausschuss hat dem Bericht mit wenigen Gegenstimmen zugestimmt.

Aus Sicht der sozialdemokratischen Berichterstatterin sind, neben einer ausreichenden Mittelausstattung, vor allem vier Punkte wichtig:

1. Weniger Bürokratie: Die Kontroll- und Verwaltungsvorschriften für EU-Förderprogramme sind teils so kompliziert, dass sie viele Antragsteller abschrecken. Handwerksbetriebe, Vereine und kleine Kommunen brauchen einfachere Regeln und Anlaufstellen für Fragen.
2. Flexiblere Regeln: Die EU-Förderprogramme gelten für sieben Jahre. Das sorgt zwar für Planungssicherheit, darf aber nicht dazu führen, dass man auf neue, unvorhergesehene Herausforderungen nicht flexibel reagieren kann. Hier muss ein leichteres Umsteuern möglich sein, zudem müssen verschiedene Fördermöglichkeiten besser kombinierbar sein.
3. Einbeziehung regionaler Partner: Schon jetzt gilt das „Partnerschaftsprinzip“, wonach die Landesregierungen ihre Pläne für die Verwendung der Mittel mit den Partnern abstimmen müssen. Dieses Prinzip muss derart gestärkt werden, dass Städte, Kommunen, IHK und Verbände mit am Tisch sitzen, wenn über die künftige Verwendung der Gelder entschieden wird.
4. Thematische Schwerpunkte: Die „Gießkanne“ hat ausgedient, und das muss so bleiben. Europäische Fördergelder sollten noch stärker als bisher bedarfsgerecht und zielgerichtet eingesetzt werden, damit die jeweilige Region auch wirklich ihre Schwächen bekämpfen und ihre Stärken ausbauen kann.

Ausblick: Die Diskussionen über die künftige Strukturpolitik sind in vollem Gange. Mehrere Mitgliedstaaten, darunter die deutsche Bundesregierung, die Bundesländer, der Ausschuss der Regionen und weitere Institutionen und Interessengruppen haben entsprechende Positionspapiere vorgelegt. Am 8. und 9. Juni tagt der zuständige Ministerrat in Valletta, am 26. und 27. Juni organisiert die Kommission das „Kohäsions-Forum“, wo die verschiedenen Vorschläge präsentiert werden und wo die Kommission erste eigene Ideen vorstellen wird. Sofern es eine Fortsetzung der Kohäsionspolitik gibt, werden die Legislativvorschläge für das Jahr 2018 erwartet.

Wenn Sie diesen Newsletter künftig nicht mehr erhalten möchten, bitte ich um eine Nachricht an mein Europabüro.

Kontakt:

Europabüro Birgit Sippel MdEP
Ulricherstraße 26 – 28
59494 Soest
Tel.: 02921/364738
Fax: 02921/15952
Mail: europa@birgit-sippel.de
Internet: www.birgitsippel.de
Facebook: www.facebook.com/BirgitSippel